



Antrag

der Abgeordneten **Prof. Dr. Ingo Hahn, Katrin Ebner-Steiner, Christoph Maier, Stefan Löw, Richard Graupner, Ferdinand Mang, Christian Klingen, Jan Schiffers, Ralf Stadler** und **Fraktion (AfD)**

Linke Gewalt – Vormarsch stoppen! I

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, angesichts zunehmender linker Gewalt Delikte mit linksmotiviertem oder linksextremistischem Hintergrund verstärkt in den Fokus der Strafverfolgungsbehörden zu stellen und diese konsequent zu verfolgen, um der Verharmlosung dieser Taten aktiv entgegenzuwirken.

Begründung:

Seit Jahren findet eine politische Mobilisierung gegen rechte Gewalt und Rechtsextremismus statt, wobei die Gegenseite geradezu aus dem Blickfeld der Politik gerückt ist. So haben sich hinter dem Rücken der politischen Popularität und Aufsicht linke Gewalt und Linksextremismus immer weiter formiert und gestärkt.

In den Jahren 2016 bis 2019 kam es zu einem Anstieg von über 17 Prozent der nachweislich Linksextremen in Deutschland. In absoluten Zahlen kann man dabei von einer Erhöhung um ca. 5 000 Personen auf über 33 500 Personen sprechen. Gleichzeitig findet eine sich ausdehnende Radikalisierung der zunehmenden Anzahl an Linksextremisten statt. So ist es nicht verwunderlich, dass es im gleichen Zeitraum zu einer Zunahme der gewaltorientierten Linksextremisten, um mehr als 200 Personen gekommen ist, wovon wiederum der größte Teil auf gewaltbereite Autonome zurückzuführen ist¹.

Diese Art der extremistischen Gewalt zeigt sich besonders häufig in Delikten wie gefährliche Eingriffe in den Bahn-, Luft-, Schiffs- und Straßenverkehr, Brandstiftung oder Sachbeschädigung². Wobei meist Privateigentum, Unternehmen oder Behörden zu den Hauptzielen linksmotivierter Anschläge zählen. Allerdings geht aus den Zahlen des Bundesministeriums des Inneren, für Bau und Heimat aus dem Jahre 2019 hervor, dass die linksextremistische Szene nicht mehr vor Personenschäden zurückschreckt. So kam es von 2018 auf 2019 zu einem Anstieg der Gewalttaten mit linksextremistischem Hintergrund um über 23 Prozent³.

Wird ein längerer Zeitraum betrachtet, zeigt sich die Problematik noch deutlicher. So kam es in den Jahren 2008 bis 2019 annähernd zu einer Verdoppelung der Anzahl an politisch motivierten Straftaten und Gewalttaten mit linksextremistischem Hintergrund in

¹ <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/39534/umfrage/entwicklung-des-linksextremismuspotenzials-in-deutschland/>

² <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/4721/umfrage/vergleich-der-anzahl-von-rechten-und-linken-gewalttaten/>

³ https://www.bmi.bund.de/SharedDocs/downloads/DE/veroeffentlichungen/2020/pmk-2019.pdf?__blob=publicationFile&v=11

Deutschland⁴. Im gleichen Zeitraum stieg die Anzahl politisch motivierter Straftaten mit rechtsextremem Hintergrund um 9,4 Prozent.

Angesichts der steigenden Zahl, Gewaltbereitschaft und Härte, die von der linken Szene ausgeht, ist eine bayernweite Aufklärungsrate linksmotivierter Straftaten, die im Mittel der Jahre 2013 bis 2019 unter 25 Prozent lag⁵, nicht hinnehmbar und verdeutlicht die Dringlichkeit und Relevanz, mit der dieser Antrag zu behandeln ist. Gleichzeitig gilt es, kein Ungleichgewicht zu Gunsten linker Gewalt und linksextremistischer Einstellungen zu generieren. Daher wird die Staatsregierung aufgefordert, sich dafür einzusetzen, linke Gewalt stärker in den Fokus der Strafermittlungsbehörden zu stellen und diese konsequent zu verfolgen, um die sich abzeichnende Ungleichentwicklung in der Extremismusverfolgung zu stoppen.

⁴ <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/569736/umfrage/linksextremistische-straftaten-und-gewalttaten-in-deutschland/>

⁵ Schriftliche Anfrage Drs. 18/9978